

lehnung“. Den Nichtbehinderten signalisiere ein „Behinderungsmerkmal“ nicht nur eine klar umrissene Einschränkung oder einen Ausfall bestimmter Möglichkeiten; es sei zugleich auch „Anlaß für die automatische Zuschreibung von negativen Merkmalen“ (zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 2. 81). Sollte sich das Gewissen dennoch melden, läßt es sich mit dem Gedanken an die mit Steuergeldern und Spenden errichteten vielfältigen Versorgungseinrichtungen beruhigen.

Behinderte gehören zum Alltag der Kirche

Was aber sind die Ursachen dieser Unfähigkeit zur menschlichen Begegnung mit dem äußerlich Unvollkommenen, Beschädigten, die ihren besonders makabren und weit über die Grenzen Deutschlands Aufsehen erregenden Frankfurter Gerichtsurteil über die Minderung der Urlaubsqualität durch die Anwesenheit Behinderter (1980) fand? Von vielen Gesunden wird heute die schwere geistige oder körperliche Behinderung als eine lästige Erinnerung und eine *ungebetene Bestätigung der Sinnlosigkeit eines Lebens* empfunden, das kaum Rückbindungen an ein festes Wertgefüge christlichen oder humanistischen Ursprungs hat. Aus der Angst, sich Symptomen der Brüchigkeit und Verlorenheit gegenüber zu sehen, welche die eigene Illusion stören oder in Frage stellen könnten, erwächst die Energie zur Verdrängung. Daß zum normalen Zustand der Welt das Leid gehört, damit kann man sich ebensowenig abfinden wie mit dem Tod, der aus denselben Gründen mit zahlreichen Tabus belegt wird. Erst recht will der Mensch nicht daran erinnert werden, daß er selbst jederzeit infolge eines Unfalls oder einer Krankheit zum Behinderten werden könnte – ist doch schon der Gedanke an eine prinzipiell unheilbare und damit trost- und hoffnungslose Welt schlimm genug. Solche Vorurteile, Befangenheiten und Ungeschicklichkeiten beim Mitmenschen bilden aber gerade immer noch eine der schlimmsten Barrieren für die Behinderten bei der eigenen Bewältigung ihrer Lebensprobleme. Dies vollbewußt zu machen wäre vermutlich schon ein erster Schritt zu ihrem Abbau.

Vermutlich hatten gerade die Kirchen noch am wenigsten eines Jahres der Behinderten bedurft, um auf die Situation behinderter Menschen aufmerksam zu machen oder auf sie aufmerksam gemacht zu werden. Sind doch gerade sie es, die in der Arbeit für Behinderte und mit ihnen, bereits lange bevor es staatliche Bemühungen gab, eine ihrer exemplarischen diakonischen Aufgaben sahen. Deren Einsatz und Einrichtungen sind auch heute aus der Behindertenarbeit kaum wegzudenken. Die Kirchen sind es auch, denen auf dem Weg über die Seelsorge am ehesten wirksame Mittel zur Verfügung stehen, um über die Vermittlung eines ganzheitlichen realistischen Menschenbildes zum Abbau von Vorurteilen auf Seiten der Nichtbehinderten beitragen zu können. In diesem Sinne benutzen auch zahlreiche Bischöfe und auch mehrere Bischofskonferenzen das Behindertenjahr, um entweder auf die weltweiten oder jeweils landesspezifischen Situationen der Behinderten hinzuweisen, so die Bischöfe Frankreichs, der Schweiz, Japans oder z. B. auch die Bischöfe von Zaire. Um so erstaunlicher ist es – und dies vor allem angesichts der Tatsache, daß sonst kaum eine Möglichkeit zur Äußerung zu aktuellen Themen ausgelassen wird –, daß in der Bundesrepublik – abgesehen von gelegentlichen Predigten, Ansprachen und Tagungsbeiträgen – vergleichsweise wenig bewußtseinsbildende Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich zur Behindertenfrage zu hören waren. Der Hirtenbrief des Bischofs *Georg Moser* von Rottenburg-Stuttgart, der sich unter dem Titel „... das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40) an die Angehörigen von Behinderten und an alle, die im Dienst von Behinderten stehen, wandte (vgl. HK, August 1981, 428) und damit vor allem einen unmittelbar betroffenen und meist eher vernachlässigten Personenkreis ansprach, war unseres Wissens in der Bundesrepublik so ziemlich das einzige oberhirtliche Wort, das sich zum Thema Behinderte an die Öffentlichkeit einer ganzen Diözese richtete. „Eine Denkweise, die bestimmt wird von Begriffen wie Kosten und Nutzen“, so der Grundtenor des Briefes von Bischof Moser, tue sich schwer mit Behinderten aller Art. Gerade deshalb aber werde der Umgang mit Behinderten zum „Testfall für das christliche Menschenbild“.

Cordelia Rambacher

Vorgänge

Jesuiten: unter päpstlichem Kommissar

Johannes Paul II. hat zu einer sehr außergewöhnlichen Maßnahme gegriffen, als er am 5. Oktober den 80jährigen Pater *Paolo Dezza* zu seinem „persönlichen Delegaten bei der Gesell-

schaft Jesu“ ernannte und damit praktisch zum *kommissarischen Leiter des Ordens* bestellte. Der Papst war zwar durch keine kirchliche Rechtsbestimmung gehindert, einen solchen Schritt

zu tun, da dieser sich aber völlig außerhalb des vom Ordensstatut abgesteckten Rahmens bewegt, muß der Papst entweder besonders triftige Gründe gehabt haben, die Leitung der Jesuiten praktisch selbst bzw. mit Hilfe von persönlichen Vertrauensleuten in die Hand zu nehmen, oder er

stand unter dem persönlichen Eindruck, dem Orden sei nicht mehr anders als durch direktes päpstliches Eingreifen zu helfen.

Denn nicht nur hatte es in der keineswegs turbulenzarmen Geschichte des Jesuitenordens so etwas bisher nie gegeben. Die Maßnahme erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem ein *Wechsel in der Ordensleitung ohnehin absehbar geworden war*, hätte der Papst nur im vorigen Jahr, als die Leitung des Ordens den Plan für eine Generalkongregation faßte und der Ordensgeneral *Pedro Arrupe* seine Rücktrittsabsicht kundtat, der Einberufung einer Generalkongregation zur Wahl eines neuen Generaloberen zugestimmt. Auf Grund des beabsichtigten Rücktritts von Arrupe hätte der Papst dann von selbst Gelegenheit erhalten, auf die Ausrichtung des Ordens und indirekt auch auf die Wahl eines Nachfolgers von Arrupe Einfluß zu nehmen. Aber als Arrupe dem Papst seine Rücktrittsabsichten mitteilte, wurde dieser trotz der zeitweise bekannt schlechten Kommunikationsverhältnisse zwischen Papst und Ordensgeneral nachdrücklich aufgefordert, im Amt zu bleiben, mit der Folge, daß auf diese Weise die Einberufung einer Generalkongregation hinausgeschoben werden konnte. Offenbar wünschte der Papst, angeregt auch durch jesuitische Berater in seiner Umgebung, eine sehr viel längere, auf Kursänderung zielende Vorbereitung der nächsten Generalkongregation, als dies im Falle eines Rücktritts des Ordensgenerals denkbar gewesen wäre, und suchte deshalb nach Zeitgewinn.

Die Erkrankung von P. Arrupe – dieser erlitt im Juli einen Schlaganfall und ist seither teilweise gelähmt – gab ihm nun Gelegenheit, direkt einzugreifen. Und die Ernennung des Amerikaners *Vincent O'Keefe*, dem eine in den päpstlichen Beratungsstäben einflußreich vertretene Minderheit noch mehr mißtraute als dem durch Krankheit behinderten Generaloberen, zum „Vikar auf Zeit“ durch den Ordensgeneral (auf Vorschlag der vier Generalassistenten), dürfte für den Papst ein zusätzliches Motiv gewesen sein, sich des Ordens persönlich anzunehmen.

Der *Wortlaut des Briefes* (hier zitiert nach Kathpress-Dokumentation, 27. 10. 81), in dem Arrupe die päpstliche Entscheidung mitgeteilt wurde, läßt denn auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. In einem recht wenig verbindlichen Stil wird dem kranken Ordensgeneral eröffnet, der Papst habe gehofft, eine „gründlichere Vorbereitung“ der nächsten Generalkongregation, die er für notwendig halte, gemeinsam mit Arrupe durchzuführen. Da dies aber wegen des langen Krankenhausaufenthaltes des Papstes und des gegenwärtigen Gesundheitszustandes Arrupes nicht möglich gewesen sei, wolle er nunmehr diese Aufgabe „einem persönlichen Delegaten anvertrauen, der mich in enger Verbundenheit bei der Gesellschaft Jesu repräsentieren, die Vorbereitungen der Generalkongregation besorgen ... und in meinem Namen bei der Leitung der Gesellschaft Jesu die Oberaufsicht führen soll“.

Um gleich Nägel mit Köpfen zu machen, gesellte der Papst dem hochbetagten persönlichen Delegaten einen „Koadjutor“ in der Person des 53jährigen bisherigen Provinzials der japanischen Jesuitenprovinz, des aus Sardinien stammenden *Giuseppe Pittau*, bei, den er – so der Papst in seinem Brief an Arrupe – in Japan als „einen umsichtigen Oberen der dortigen Ordensprovinz“ angetroffen habe. Der Koadjutor soll dem Delegaten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben helfen oder ihn vertreten, „falls er verhindert ist oder seiner Aufgabe nicht nachkommen kann“. In einem *weiteren bisher nicht veröffentlichten Schreiben* sind die Bestimmungen über die Aufgaben des Delegaten und seines Koadjutors präzisiert. Was immer diese Bestimmungen im einzelnen enthalten, feststeht, daß nicht nur das *vom Papst verordnete Interregnum* – die Generalkongregation soll auf jeden Fall erst nach Verabschiedung des neuen Kirchenrechtskodex zusammentreten – eine beträchtliche Zeit dauern wird, sondern daß Johannes Paul II. sei es direkt, sei es über seine Vertrauten während dieser Zeit sehr bewußt in die Geschicke des Ordens eingreifen wird. Auch würde es kaum überraschen, wenn sich in Koadjutor

Pittau der vom Papst gewünschte neue Ordensgeneral ankünden sollte.

An dem jetzigen Vorgehen Johannes Pauls II. überrascht weniger der Wille, sich der Angelegenheiten des Ordens selbst anzunehmen, als die um die Verfassung des Ordens, besonders um deren demokratische Elemente wenig bekümmerte *Massivität des Eingriffs*. Darin liegt das eigentlich Neue; denn Konflikte, Reibungen, Besorgnisse, Mißbilligungen hat es auch schon seitens der letzten Päpste gegeben. Man braucht nur die Reden, die Paul VI. anlässlich der beiden letzten Generalkongregationen (1965 und 1966, 1974/75) gehalten hat oder den Brief des verstorbenen Kardinalstaatssekretärs an P. Arrupe nach der 32. Generalkongregation mit den entsprechenden päpstlichen „Notae“ (vgl. Dekrete der 32. Generalkongregation der Gesellschaft Jesu, S. 118 ff.) nachzulesen, um eine Ahnung davon zu bekommen, wie konfliktreich die Beziehungen zwischen dem Orden, Teilen der päpstlichen Kurie und dem Papst selbst zeitweise waren. Der Grund dieser Spannungen lag nicht zuletzt in der Sorge aller Päpste seit Pius XII., und schon früherer, der Orden könnte in der Auseinandersetzung mit der modernen Lebenswelt durch leichtfertige Anpassung seine Identität oder seinen apostolischen Elan einbüßen. Diese Sorge hat seit dem Ende des Zweiten Vatikanums zugenommen. Das Konzil bedeutete für alle Orden einen tiefen Einschnitt. Der den Orden abverlangte Wandel lag nicht einmal so sehr in der Forderung nach Erneuerung durch entschiedene Rückkehr zu ihren jeweiligen spirituellen Ursprüngen bei gleichzeitiger verschärfter Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen religiösen und profanen Zeitströmungen und Lebensformen, sondern *in dem Wandel, den die Kirche selbst auf dem Konzil vollzog*. Was sich in der Gesamtkirche abspielte – eine stärkere Pluralisierung der Haltungen und Meinungen, die Veränderung spiritueller und religiöser Lebensformen, das veränderte Autoritätsverständnis, der sich zuspitzende Pluralismus auch in Fragen der Theologie und Moral –, schlug auf die Orden, gerade auf die apostolisch-ak-

tiven unter ihnen, auf besondere Weise zurück. Kein Orden ist den Krisenerscheinungen des gesamten kirchlichen Lebens – Polarisierung im inneren Bereich, Glaubwürdigkeitsprobleme im apostolischen Einsatz, Verweltlichungstendenzen – ganz entgangen. Alle haben, in manchen Ländern die kontemplativen noch am wenigsten, enorme *Nachwuchsprobleme*. In den meisten Kommunitäten stößt man auf Unsicherheiten in der Verwirklichung der Lebens- und Apostolatsformen. Fast überall hat es *Reibungsverluste durch interne Auseinandersetzungen* mit der Folge von zahlreichen Abgängen gegeben. Die Jesuiten sind insofern alles eher als ein Sonderfall. Was die letzten Päpste ihnen gegenüber angemahnt haben – Treue zu den Ursprüngen, glaubwürdigere Verwirklichung der Gelübde, Stärkung der Oberenautorität –, betrifft also die Orden insgesamt.

Sie alle leiden an der kirchlichen und gesellschaftlichen Umbruchsituation, stehen unter starken inneren und äußeren Spannungen – auch unter der Spannung, die Eigenart des jeweiligen Ordens zu bewahren und sich zugleich in die veränderten kirchlichen Lebensverhältnisse und seelsorglichen Arbeitsbedingungen einzufügen. Das *stärker gemeindekonzentrierte kirchliche Leben*, die Ausformung der bischöflichen Kollegialität mit ihren regionalen und nationalen Gremien erfordert zudem neue Zuordnungsweisen der apostolisch tätigen Orden. Die Exemption, in der Theorie bestätigt, in der Praxis eher geschwächt, wird von manchen Bischöfen mehr als Hindernis denn als Hilfe für eine sinnvolle Planung der Seelsorge empfunden.

Zudem haben Diözesen durchwegs die verständliche, aber für das Eigenprofil mancher Orden nicht hilfreiche Neigung, die durch Nachwuchsmangel beim Seelsorgeklerus entstandenen Löcher durch Pfarrer und Kapläne aus den Ordensgemeinschaften zu stoppen. Und offenbar verfährt der Papst bei Bischofsernennungen nicht anders. Auch er greift verstärkt auf das auch nicht breite personelle Reservoir der Ordensgemeinschaften zurück.

Bei den Jesuiten aber verdichten sich viele der Probleme, die alle Orden ha-

ben – wegen seiner spezifischen Ordensdisziplin, wegen seiner besonders vielfältigen Präsenz in speziellen Problemfeldern der Kirche, wegen der besonderen Bindung des Ordens an den Papst. Da die Jesuiten zudem – heute vielleicht mehr dem Ruf als der Substanz nach – als Eliteorden gelten und sich vielfach auch als solcher verstehen, stehen diese mit ihren Problemen auch *mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit als die anderen Orden*. Die nachkonziliare Entwicklung hat die dem Orden traditionell innewohnenden, aber auch seine besondere Fruchtbarkeit fördernden Spannungen zusätzlich verschärft; z. B. die für Jesuiten besonders typische Verschränkung von strengem Gehorsam und individueller Freizügigkeit. Die Schlagkraft des Ordens, wenn man den militärischen Ausdruck damit nicht überstrapaziert, wird ja traditionell in seiner *disziplinären Geschlossenheit in Verbindung mit einer größtmöglichen intellektuellen und seelsorglichen Flexibilität* gesehen. In einer noch sehr zentralistisch geführten Kirche war diese Spannung noch sehr viel leichter auszuhalten, spielte sich doch alles auf noch einigermaßen überschaubaren Bahnen ab. Mit zunehmender Regionalisierung des kirchlichen Lebens, mit dem stärker werdenden theologischen wie spirituellen Eigenprofil der Ortskirchen in aller Welt muß der Orden bereit und fähig werden, sich nicht nur in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen, sondern in oft gegensätzlich erscheinenden Kirchlichkeiten hineinzubehalten. Da ist es mit fester Disziplin und einiger Flexibilität in praktischen Fragen allein nicht mehr getan. Es bedarf einer tiefer gehenden Inkulturation, neuer kollegialer Entscheidungsformen, aber auch eines noch größeren Spielraums für den einzelnen. Da ist es nur natürlich, daß sich gerade, wenn das ignatianische ‚Gott suchen in allen Dingen‘ ernstgenommen wird, unterschiedliche und gegensätzliche Haltungen („Engagements“) ausbilden, die nicht ohne Wirkung auf das Profil und den inneren Zusammenhalt des Ordens bleiben. Da können sich Apostolatsmethoden und Lebensstile schon recht weit auseinanderbewegen. Diese sich zuspitzende Grundspan-

nung ist es wohl auch, die einen guten Teil der gegenwärtigen Probleme des Ordens ausmacht und die nicht nur den Papst, sondern auch manche im Orden selbst um dessen Identität bangen läßt. Es ist die Befürchtung, der Orden könnte auseinanderdriften oder wenigstens an innerem Zusammenhalt und damit auch an seelsorglicher Wirkkraft verlieren. Daß es diese Probleme und nicht nur Extravaganzen einzelner Jesuiten gibt, wird im Orden selbst nicht geleugnet. Allerdings schätzen viele die Gefahr einer resignativen Verbürgerlichung, eines Rückgangs auch an spiritueller und intellektueller Qualität höher ein als die kirchenfremder ideologischer Einflüsse im Orden und als die Gefährdung der kirchlichen Rechtgläubigkeit seiner Glieder. Es gibt – wie könnte es bei der vielfältigen Präsenz des Ordens in ganz unterschiedlichen geographischen und kulturellen Regionen auch anders sein – da und dort fragwürdige Positionen. Von „dunklen Punkten“ sprach Johannes Paul I. in seiner nicht mehr gehaltenen Rede vor der Prokuratorenversammlung des Ordens. Aber diese sind weder für den Orden kennzeichnend noch gefährden sie diesen als ganzen.

Im übrigen hat gerade der Jesuitenorden in seinen beiden letzten Generalkongregationen, was die Lebensform, die Ausbildung, den seelsorglichen Einsatz betrifft, ein Maß an Reformarbeit geleistet, in der eine zeitbewußte Realisierung ignatianischer Apostolatsmethoden durchaus erkennbar wird (vgl. die ausführlichen Berichte in HK, September 1965, S. 563 ff.; Februar 1967, S. 33 ff. und September 1975, S. 472 ff.). Manches davon mag nicht bis zur letzten Präzision ausgereift sein – vor allem nicht die Doppelung Glaubensverkündigung und Einsatz für Gerechtigkeit. Beide stehen vermutlich nicht nur in der Theorie zu sehr nebeneinander, obwohl doch aller Einsatz für Gerechtigkeit letztlich nur *ein*, wenn auch besonders wichtiges Moment des Glaubenszeugnisses sein kann. Auch mag es bei Jesuiten wie anderswo Tendenzen geben bei der Wahl von Schwerpunkten – im Bildungswesen, im Sozialbereich, in der Publizistik –

stärker solche Tätigkeiten und zwar zu Lasten der engeren Seelsorgsarbeit zu wählen, denen Laien unter heutigen Bedingungen wenigstens ebenso gut, wenn nicht besser gewachsen sind. Aber oft zeigen erst längere Entwicklungen und Erprobungen, was richtig und möglich ist und was nicht. Insgesamt befindet sich der Orden ohnehin bereits wieder in einer *Konsolidierungsphase*. Es ist deshalb durchaus fraglich, ob die jetzt getroffenen Maßnahmen diesen Prozeß fördern und beschleunigen oder eher behindern. Die *Betroffenheit im Orden* selbst ist jedenfalls beträchtlich. Die Provinzialkonferenz der deutschen Ordensassistenten reagierte noch sehr zurückhaltend, als sie in einer Presseerklärung nur auf die Einmaligkeit dieses Vorgangs und auf die Tatsache hinwies, daß der Papst in dem Brief an den Ordensgeneral keine Gründe für seine Entscheidung angegeben habe (vgl. Kathpress-Dokumentation, 27. 10. 81). Von dem Oberen der französischen Provinz wurde schon sehr viel direkter von einer „Glaubensprobe“ für die Jesuiten (vgl. La Croix, 28. 10. 81) gesprochen, und die beiden kanadischen Provinziale sprachen offen von einer „unverständlichen Entscheidung“ (zit. nach Kathpress, 3. 11. 81). Die offizielle Amtsübergabe an den päpstlichen Delegaten fand mit einer Konzelebration von P. Dezza mit P. Arrupe in der Kapelle der Ordenskurie zwar in einer sehr versöhnlichen Form statt, aber damit sind noch keine Probleme aus der Welt geschafft. In absehbarer Zukunft wird sich nicht nur entscheiden, welcher Führungsstil sich im Orden durchsetzen wird, sondern auch, ob die Jesuiten in einer strukturell sich stark wandelnden Kirche noch *der* Orden des Papstes sein können, als der sie bisher verstanden wurden, oder ob sie nicht vielmehr *als* *Orden in der Kirche* mit einer nie problemfreien Doppelbindung an gesamt-kirchliche Aufgaben unter dem Patronat des Papstes und an die örtlichen und regionalen kirchlichen Aufgaben unter der seelsorglichen Verantwortung der Bischöfe leben müssen und ihr eigenes Profil als *Einheit in der spirituellen Formung* dennoch erhalten können.

D. S.

Friedensdenkschrift: fragiles Konsensangebot

Als die „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der Evangelischen Kirche in Deutschland Ende 1979 vom Rat der EKD den Auftrag erhielt, eine Friedensdenkschrift zu erarbeiten, steckte die neue Friedensdiskussion im deutschen Protestantismus noch in den Anfängen und war von einer „Friedensbewegung“ noch kaum etwas zu sehen. In den fast zwei Jahren bis zur Veröffentlichung der Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ im Rahmen der 4. Tagung der 6. Synode der EKD (vgl. ds. Heft S. 645) am 5. November hat sich das Bild gründlich verändert: Zum einen ist die Friedensbewegung nicht erst mit der Großdemonstration vom 10. Oktober zu einem gerade auch im Ausland stark beachteten gesellschaftlich-politischen Faktor geworden, zum anderen hat sich die Diskussion über Rüstung und Friedenssicherung im evangelischen Raum in einer Weise intensiviert und gleichzeitig polarisiert, die zu erheblichen innerkirchlichen Spannungen und öffentlichen Irritationen führte.

In seinem Bericht vor der Fellbacher Synodaltagung gab der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, der Hoffnung Ausdruck, die Denkschrift werde einen gewichtigen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung leisten, der Komplexität der Zusammenhänge gerecht werden und den Konsens in der Kirche verbreiten helfen. Ein solcher Konsens war zunächst einmal unter den Mitgliedern der Kammer für öffentliche Verantwortung herzustellen, der unter dem Vorsitz von Prof. *Trutz Rendtorff* (München) neben Vertretern der Kirchenleitungen und Hochschullehrern Politiker angehören, deren Position gerade im Hinblick auf die Friedensdiskussion beträchtlich auseinanderliegen: *Erhard Eppler*, *Roman Herzog*, *Jürgen Schmude*, *Richard von Weizsäcker*.

Der schließlich von der Kammer verabschiedete und vom Rat der EKD gebilligte Text, dem eine nochmalige,

stilistische Unebenheiten glättende und Wiederholungen beseitigende Redaktion gut getan hätte, läßt in der Art der Argumentation deutlich erkennen, daß er sich der oft mühsamen *Suche nach einem Kompromiß* zwischen unterschiedlichen Akzentsetzungen verdankt, sowohl was die Analyse der weltpolitischen Situation wie was die Beurteilung von Gleichgewicht und Abschreckung anbelangt. Das hat allerdings den nicht gering zu schätzenden Vorteil, daß durchweg vorsichtig-differenziert argumentiert wird, auch wenn manchmal Aussagen mehr nebeneinandergestellt als wirklich miteinander vermittelt werden.

Als *Ausgangspunkte* für ihre Überlegungen wählt die Denkschrift einerseits eine Analyse gegenwärtiger Gefahren für den Frieden, der sich ein Überblick zu den politischen Bemühungen um die Sicherung des Friedens seit 1945 anschließt, andererseits die Darstellung der einschlägigen früheren Äußerungen der EKD wie der in den letzten Jahren im deutschen Protestantismus hervorgetretenen Initiativen in der Friedensfrage. Bei der Analyse von Entstehung und Ursachen der weltpolitischen Krisensituation ist deutlich die Absicht bestimmend, keine einseitigen Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern die Interessenslage beider Machtblöcke verständlich zu machen und kritisch zu werten. Die Durchführung fällt nicht immer gleichermaßen überzeugend aus. Als eigentliche Gefahr erscheint die durch Perfektionierung der Waffentechnik weitergetriebene *Rüstungsspirale*; den einzigen Ausweg sieht die Denkschrift in einer „Wiedergewinnung der politischen Perspektive in den weltweiten Gegensätzen und Konflikten“. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch alle Partien des Textes.

Von einer Friedensdenkschrift der EKD war in der kirchlichen Öffentlichkeit vor allem die Klärung der Frage erwartet worden, inwieweit die „Heidelberger Thesen“ von 1959 und die 1967 geprägte Formel vom „Frie-